

Kommunalwahl - Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer sang in Wannweil das Loblied auf die Lokalpolitik

## Zu smart für den Smart

VON ARNFRIED LENSCHOW

WANNWEIL. Schwarzmalen will Boris Palmer nicht. Schon rein farblich, weil er Grüner ist. Und zwar einer, der in der gegenwärtigen Konjunkturkrise auch und vor allem die Chance sieht. Gerade für die Kommunen. »Kinder, Klima, Konjunktur« war das Thema beim Auftritt des Tübinger Oberbürgermeisters in Wannweil, den ein Teil der Alternativen Liste am Vorstand vorbei entgegen der ursprünglichen Planung zum Wahlkampfauftakt erklärt hatte. Bürgermeisterin Anette Rösch verzichtete daher auf ein offizielles Grußwort, nicht aber darauf, dem Obsthändler-Sohn am Ende zwei Flaschen Wannweiler Apfelsaft als Geschenk zu überreichen.

Auf jeden Fall hörte Rösch aufmerksam zu, was ihr Tübinger Amtskollege zu sagen hatte. Zumal sich Wannweil beim ersten Punkt Kinderbetreuung nicht verstecken muss. Dass Tübingen schon jetzt die vom Land erst 2013 geforderte Unterbringung von 34 Prozent der unter Dreijährigen erfüllt, konnte Rösch locker kontern. »Wir auch.« In Tübingen allerdings stehen noch 150 auf der Warteliste. Palmer weiß noch nicht, wann der Bedarf gedeckt ist. »Ich vermute, erst bei über 50 Prozent.«

An Kommunen bleibt es hängen

Am Beispiel der Kinderbetreuung machte Palmer auch die Nöte der Kommunen deutlich. Dass dafür Bund, Land und Gemeinde jeweils zu einem Drittel aufkommen, wie behauptet wird, klinge erst mal gut und gerecht. Faktisch blieben aber zwei Drittel an den Kommunen hängen, weil Bund und Land schon früher gewährte Zuschüsse anrechnen. »Wenn die Gewerbesteuer fließt, ist das kein Problem. Nächstes Jahr gibt es aber erhebliche finanzielle Schwierigkeiten.«

Womit Palmer flugs beim Thema Konjunktur war und den Leitlinien, nach denen Kommunen selbige ankurbeln könnten. Maßnahmen sollten »zeitnah, zielgenau und zeitlich begrenzt sein«, was auf die »Abwrackprämie« nicht zutreffe. Mit den fünf Millionen Euro Kreditaufnahme, die Tübingen beschlossen hat und bei deren Investition man auf Zuschüsse aus dem Konjunkturpaket setze, will man einfach Maßnahmen vorziehen, die sowieso - wenn nicht jetzt, dann bald - »unabweisbar sind«. Wie die Sanierung der öffentlichen Gebäude, vorrangig der Schulen, was in Tübingen einen Umfang von 60 Millionen habe.

Dass sich dabei auch gleich die Energiekosten deutlich reduzieren lassen, brachte Palmer zum Thema Klimaschutz und seiner Werbung für die Tübinger Stadtwerke. Auf den Bau des neuen Kohlekraftwerks mit Tübinger Beteiligung im Norden ging er aber nicht ein. Dafür auf die Wasserkraft (»Wir haben eine neue Vereinbarung mit Horb«), die Windkraft (»Wir haben einen Standort gefunden, den Erwin Teufel bei seinem Kampf gegen Windmühlen übersehen hat«) und die Biomasse (»das Prinzip ist, aus Scheiße Strom zu machen und daraus Geld«).

Und dann war da noch die heiß diskutierte Sache mit dem Dienstwagen des OB, der ja nach einem japanischen Toyota, der ihm Beschimpfungen im dreistelligen Bereich als Vaterlandsverräter einbrachte, seit April 2008 ein deutscher Smart ist, den ihm der Ex-Bundesverkehrsminister und jetzige Auto-Präsident Matthias Wissmann »aufgeschwätzt habe«. Mit dem Argument, das Landes-Produkt sende ein Gramm weniger Kohlendioxid ab. Jetzt dient der Zweisitzer vor allem dazu, bei Stadtführungen

gezeigt zu werden. »Das ist ein Drei-Liter-Auto - pro Sitz«, scherzte Palmer mit bitterem Unterton. Denn statt der angegebenen 4,3 verbräuche der Smart sechs Liter. Wenn der Leasing-Vertrag im Oktober ausläuft, ist für Palmer klar: »Ein Sechs-Liter-Auto fahre ich sicher nicht.«

Müller-Gemmeke überlegt noch

Solche Nöte, sich vielleicht wieder den Volkszorn zuzuziehen, brachten Palmer aber nicht davon ab, das Loblied auf die Lokalpolitik zu singen. »Anders als in der großen Politik kann man genau sehen, was man macht.« Sein Ehrgeiz sei es nicht mehr, die Landespolitik zu revolutionieren. »Das hatte ich schon - und bin daran gescheitert.« Im Gemeinderat Politik zu machen, sei »herausfordernd wie auch sinnstiftend«.

Ähnlich hatte es zuvor die Pliezhäuser Gemeinderätin Beate Müller-Gemmeke formuliert, die wohl für die Grünen im nächsten Bundestag sitzen wird. »Lokalpolitik, das sind meine Wurzeln«, sagte sie. »Da ist man an den Menschen dran und hinterlässt Spuren.« Trotz bundespolitischer Perspektive wollte Müller-Gemmeke noch keinen Schlussstrich ziehen: »Ich überlege, nochmals für den Gemeinderat anzutreten.« (GEA)